

6649/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. König
und Kollegen
an den Bundesminister für Justiz

betreffend: Bekämpfung unlauterer/betrügerischer Werbung aus dem Ausland

In jüngster Zeit mehren sich die Zuschriften von Anbietern, die ein Postfach im Ausland als Absender angeben.

Diese Zusendungen sind zumeist persönlich adressiert, tatsächlich aber Massenaussendungen. Dem Adressaten werden hohe Gewinne suggeriert, die allerdings bei genauerer Betrachtung aus verschiedenen Gründen nicht ausgezahlt werden. Der neue § 5j des Konsumentenschutzgesetzes, das am 14. Juli vom Nationalrat beschlossen wurde, lässt erwarten, daß derartige Mißstände durch die österreichische Rechtssprechung in Zukunft verhindert werden. Da allerdings viele der so tätigen Firmen aus dem Ausland operieren, stellen sich einige offene Fragen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Justizminister folgende

ANFRAGE

1. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, die neuen österreichischen Bestimmungen auch gegenüber Postfachfirmen aus dem Ausland durchzusetzen ?
2. Sind Sie bereit, sich mit ihren europäischen Ressortkollegen in Verbindung zu setzen, um, zum Zwecke einer leichteren Durchführung, eine einheitliche europäische Rechtslage zu erwirken?
3. In welchen EU - Mitgliedsstaaten bestehen bereits vergleichbare Bestimmungen zum Schutz der Konsumenten?